Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 100. Montag den 9. April 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
das Meldewesen betr.

Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Beginn der **Ostermesse** bringt das unterzeichnete Polizeiamt die nachstehenden Bestimmungen des **Melderegulativs** mit dem Bemerken in Erinnerung, daß die Verwachlässigung dieser Vorschriften Geldstrafe bis zu 50 ℳ oder entsprechende Haft nach sich zieht.

Zugleich wird **bekannt gegeben**, daß die Expeditionen der II. Abtheilung des Meldeamtes (Reichsstraße 3, I.) während der **Vorwoche der Messe** Vormittags von 7 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 7 Uhr, sowie an den Meßsonntagen Vormittags von 9 bis 12 Uhr dem Publicum geöffnet sind.

Hierbei **nehmen wir Veranlassung, auch auf die weiteren** Bestimmungen des Melderegulativs unter dem Hinzufügen zu verweisen, daß die zuständigen **Bezirksmeldestellen** an den Wochentagen Vormittags von 8 bis 1 Uhr und Nachmittags von 4 bis 7 Uhr, sowie an den Sonntagen von 11 bis 12 Uhr zur Entgegennahme der **Meldungen hiesiger Einwohner** zuständig sind.

Leipzig, am 7. April 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Vrestschneider. Taeguer. S.

Auszug
aus dem Melderegulativ der Stadt Leipzig **vom 10. October 1883.**

§. 11. Jeder in einem **Gasthofe** oder in einem mit **Herbergsberechtigung** versehenen ähnlichen Etablissement einkehrende und über Nacht bleibende Fremde ist vom Gastwirth oder Quartiergeber und zwar, falls er vor **3 Uhr** Nachmittags ankommt, noch am **Tage der Ankunft**, anderenfalls aber am folgenden Morgen spätestens bis 10 Uhr beim Meldeamt des Polizeiamts, Abth. II, schriftlich mittelst des vorgeschriebenen und für jeden Fremden besonders auszufüllenden Formulars anzumelden. Befinden sich in Begleitung des Fremden Familienmitglieder, Dienerschaft oder sonstige Personen, so sind dieselben auf dem nämlichen Zettel mit zu verzeichnen.

Zugleich mit diesen täglichen Anmeldungen ist auch die Abmeldung der inzwischen abgereisten derartigen Fremden zu bewirken.

§. 13. Die in **Privathäusern** abkehrenden Fremden, **sogenannte Besuchsfremde**, sind, sobald sie **länger als 3 Tage** hier verweilen, spätestens am 4. Tage, von erfolgter Ankunft an, vom Quartierwirth beim Meldeamt, Abth. II, oder der betreffenden Polizeibezirksstelle mündlich oder schriftlich mittelst des vorgeschriebenen Formulars anzumelden. Bei den etwa in Privathäusern Quartier nehmenden **Meßfremden** jedoch hat diese Anmeldung in jedem Falle, auch wenn sie nur eine Nacht hier bleiben, und zwar binnen **24 Stunden** von der Ankunft an, beim Meldeamt, Abth. II, zu geschehen.

In gleicher Weise ist die Abmeldung binnen 3 Tagen, bei **Meßfremden** binnen 24 Stunden von erfolgter Abreise des Fremden oder etwa erfolgter Wohnungsveränderung an zu bewirken.

§. 14. Beabsichtigt ein Fremder **länger als drei Tage** hier zu verweilen, so bedarf er dazu eines für die Zeit des Aufenthaltes vom Meldeamt, Abth. II, ausgestellten **Meldescheines**. Nach Ablauf der auf dem Meldeschein bemerkten Gültigkeitsdauer ist, falls der Fremde noch weiter hier verweilen will, beim Meldeamt **um Verlängerung** des Scheines nachzusuchen.

Die **Quartierwirthe** sind dafür, daß dieser **Bestimmung allentalben** nachgegangen werde, **mitverantwortlich**.

Wiesenverpachtung.

Die der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen **Wiesen**
in der Flur Leipzig:

1) **Abtheil. 16 der Naunstädter Viehweide** auf der rechten (vom der Stadt aus) Seite der Lindenauer Chaussee an der südlichen Flutbrinne und den Weidenanlagen von 1 ha 11,79 a — 2 Acf. 6 □R.,
2) **Abtheil. 17 derselben** ebendaselbst am Wege vom Kuhthurm nach der verschlossenen Brücke mit Begrenzung durch die Mitte der südlichen Flutbrinne von 1 ha 56,07 a — 2 Acf. 246 □R.,

in der Flur Connewitz:

3) **Pleißenvorfluthbette Abtheil. F.** am linken Weißenfeser oberhalb der Hohen Brücke auf der Zweenkauer Chaussee von 17,34 a — 94 □R.,

in der Flur Möckern:

4) **Parcelle Nr.** 112 des alten / 268 des neuen **Flurbuchs** zwischen der abgebrochenen sog. Bauernbrücke und der Thüringischen Eisenbahn zu beiden Seiten des von erster nach der Marienbrücke führenden Fahrwegs von einschließlich eines Stückes Flutbrinne 2 ha 10,2 a — 3 Acf. 239 □R.,
5) **Parcelle Nr.** 141b des alten / 288 des neuen **Flurbuchs** an der Nahle gegenüber dem Rosenthale von einschließlich eines Stückes Flutbrinne 54,1 a — 293 □R.

Flächengehalt sollen zur Gras-, Heu- und Grummetnutzung mit Ausschluß jeder anderen Benutzungsweise auf die **neun Jahre 1888** bis mit **1896**

Sonnabend, den 14. dieses Monats,
Vormittags 11 Uhr,

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an die Meistbietenden **verpachtet** werden.

Die Versteigerungs- und Verpachtungsbedingungen sowie die betr. Lageplänen liegen in der Expedition unserer Oekonomie-Inspection, Johannisplatz Nr. 9, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 4. April 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 588. Dr. Trändlin. Cerutti.

I. Städtische Fortbildungsschule für Knaben.

Die **Anmeldung neu eintretender Schüler**, bez. die **Abmeldung der in andere Schulen Uebergehenden** hat im Laufe der Woche **von Montag den 9 bis Freitag den 13. April** zu geschehen, und zwar sollen die aus **hiesigen** Schulen Kommenden Vormittags 10—12 Uhr, die von **auswärts** Kommenden Nachmittags 4—6 Uhr sich einfinden (3. Bürgerschule, Johannisplatz 6 7. 1. Stock, Zimmer 33).

Leipzig, am 7. April 1888.

Dir. W. Pölchmann.

Oeffentliche Buchhändler Lehranstalt.

Anmeldungen von Schülern nehme ich in der Woche vom 9. bis 14. April Nachmittags 3—4 in meiner Wohnung, Centralhalle 2. Etage, entgegen.

Das letzte Schulzeugniß ist mitzubringen. Smitt.

Nichtamtlicher Theil.

Die Reichskanzlerkrisis.

* Zur Reichskanzlerkrisis liegen **Meldungen von amtlicher Seite nicht vor**, und das deutsche Volk ist darauf angewiesen, sich mit den Meldungen in dieser hochwichtigen Frage zu begnügen, welche ein allerdings wohlunterrichtetes Blatt, die „Kölnische Zeitung", zu geben in der Lage ist. Wir halten, was uns anbetrifft, an der entschiedenen Hoffnung und Erwartung fest, daß die Gefahr, wenn sie je ernstlich bestanden hat, gegenwärtig bereits beseitigt ist. Es wäre aber im hohen Grad wünschenswerth, wenn zur Beruhigung endlich eine authentische Kundgebung erfolgte. Die Erörterungen in der Presse nehmen nachgerade einen Charakter an, den man nur tief bedauern kann.

Die „National-Zeitung", von der „Kölnisch. Zeitung" angegriffen, bemerkt zur Sache:

Die „Kölnische Zeitung" sucht ihre mißverständlich zugespitzten und wenig geschickt erläuterten Meldungen über eine angebliche Nichtmehrsicht des Fürsten Bismarck durch eine Polemik gegen diejenigen Blätter zu vertheidigen, welche das Wasser von dem Fürsten gelenkt haben, darunter auch gegen uns. Wir haben keinen Anlaß, auf diese Ausseinandersetzung einzugehen. Die Sache verhält sich so, wie wir sie dargestellt haben. Dem Reichskanzler ist von dem Vermählungsprojekt Kenntniß gegeben worden; er hat die politischen Gegengründe geltend gemacht, und der Plan ist durch nicht weiter verletzt worden, so daß der Kanzler keinen Grund gehabt hat, ein Demissions-Gesuch zu beabsichtigen. Die Angelegenheit ist, wie wir berichtet haben, zur Zeit erledigt. Was geschehen würde, wenn sie von Neuem in den Vordergrund träte, das ist eine Frage für sich; es würde auf die Umstände ankommen. Man kann sich ja auch Verhältnisse denken, unter denen der königliche Herrath kein Hinderniß mehr im Wege stände, z. B. wenn die bulgarische Frage gelöst wäre.

Inzwischen ist doch Manches aus den Erörterungen der letzten Tage noch bemerkenswerth. Einige Berliner Fortschritts-Blätter, welche sich — allem Anschein nach unaufgefordert — seit dem Thronwechsel zu jeder feinsten Dienstleistung drängern, waren vom ersten Auftauchen des Gerüchtes von Meinungsverschiedenheiten betreffs der Battenberg'schen Heirath bemüht, den Widerspruch des Reichskanzlers gegen eine solche als unbeweisbar darzustellen. Die Heirath einer Tochter des deutschen Kaisers, so kann man in diesen Zeitungen lesen, ist eine reine Privatangelegenheit; eine Einmischung des Fürsten Bismarck in derselbe kommt auf das berüchtigte „Hausmeisterthum" heraus; eine Rücksichtnahme auf Rußland — die doch in Wahrheit nur darin bestände, nicht unnöthiger Weise der deutschen Politik neue Schwierigkeiten zu schaffen! — ist eine Tendenzlüge, Appell an die Furcht, eine Verleugnung des Kurses, daß man in Deutschland nur Gott und sonst Niemand fürchtet!

Selbst in den Berliner fortschrittlichen Blättern wird dieses absurde Treiben nicht einmüthig mitgemacht. In der Presse des Landes ist davon in keinem Parteilager etwas zu bemerken.

Die „Kölnische Zeitung" vom Sonnabend bringt nunmehr die folgenden weiteren bemerkenswerthen Mittheilungen:

Prinz Alexander von Battenberg wird nicht zum Geburtstag der Prinzessin Victoria nach Berlin kommen. Bis vor ganz kurzer Zeit hatte diese Absicht noch bestanden, nachdem die ursprünglich auf Ostern geplante Brautfahrt des Prinzen in letzter Stunde aufgegeben worden war. Man kann aus dieser abermaligen Vertagung des wiederholt beabsichtigt gewesenen Besuchs des Prinzen von Battenberg den Schluß ziehen, daß die vielbesprochene Angelegenheit einstweilen nicht in einem den Rathschlägen des Reichskanzlers entgegenstehenden Sinne entschieden worden ist. Ob der Aufschiebung derselben die völlige Aufhebung folgen werde, ist zur Stunde noch ungewiß; die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" druckt noch heute Abend alle Mittheilungen der „Kölnischen Zeitung" über die schwebende Krisis ab, ohne ihrerseits eine Bemerkung anzuknüpfen. Unter die Zeit und die Geschichte der Krisis zeigt sich von den uns zu Gesicht gekommenen Blättern nur die — anfangs so unglaubliche — „Frankfurter Zeitung" heute in der Hauptsache unterrichtet; nur daß sie vielleicht das Ganze um einen oder zwei Tage zu spät anlegt. Dem in dieser Sache gewiß unverdächtigen Frankfurter Blatte wird nämlich aus Darmstadt unterm 6. April Folgendes berichtet:

> Da der beabsichtigte Rücktritt des Reichskanzlers von verschiedenen Seiten mit der geplanten Vermählung des Fürsten Alexander von Bulgarien mit der Prinzessin Victoria von Preußen in Zusammenhang gebracht wird, so kann ich nicht umhin, davon Notiz zu nehmen, was seit mehreren Tagen hier in gut unterrichteten Kreisen erzählt wird. Hiernach waren die Vorverhandlungen über die Verlobung der beiden genannten fürstlichen Persönlichkeiten vor etwa acht Tagen bereits so weit gediehen, daß Fürst Alexander am zweiten Ostersfeiertage nach Berlin reisen wollte; es scheint die Proclamirung der Verlobung für den gestrigen Tag (den Geburtstag des Fürsten) in Aussicht genommen gewesen zu sein. Alles war hier im Palais auf den Ueberfluß bereits zur Abreise vorbereitet und die Koffer schon gepackt, als auf einen von Berlin gegebenen Wink hin die Reise plötzlich unterblieb. Ich theile dieses Gerücht selbstverständlich unter aller Reserve mit, muß aber dazu erinnern, daß die freundliche ehrliche Verbindung bereits seit Anfang 1884 ein Lieblingswunsch der nunmehrigen Kaiserin Victoria ist. Als im April jenes Jahres hier die Vermählung der ältesten Tochter unseres Großherzogs, Prinzessin Victoria, mit dem Prinzen Ludwig von Hessen gefeiert wurde, ist die betreffende Angelegenheit zwischen der damaligen Kronprinzessin des deutschen Reiches und dem Fürsten Alexander, welche beide hier anwesend waren, so weit als nur möglich gefördert worden. Der Fürst reiste bald darauf nach Berlin, fand indeß am Reichskanzler einen entschiedenen Gegner der geplanten Heirath, die denn auch unterblieb. Zwischen den Betheiligten wurde aber das ganze Project nicht aufgegeben, sondern nur der richtige Augenblick abgewartet, um damit wieder hervorzutreten. Daß man den gegenwärtigen Zeitpunct hierzu für geeignet hält, liegt ebenso auf der Hand, wie die leicht begreifliche politische Rücksicht, die den Reichskanzler heute ebenso nöthigt, sich jener Heirath zu widersetzen, wie im Jahre 1884.

Wir hatten Bedenken getragen, diese Einzelheiten — die nur in einem unwesentlichen Nebenpuncte ungenau sind — zu veröffentlichen. Nun die Veröffentlichung geschehen ist, vielleicht von derselben Seite her, auf welche uns die Rücksichtnahme gebieten zu sein schien, stehen wir nicht an, sie für durchaus zutreffend zu erklären. Es geht aus denselben unter Anderem auch hervor, daß die Krisis so weit hinausreicht, daß sie selbst ohne Beunruhigung des Telegraphen in Wien bekannt werden konnte, ehe sie verschoben war. Wäre „der Wind" aus Berlin nicht nach Darmstadt gekommen, daß der Reichskanzler unterbleiben solle, so wäre Fürst Bismarck an seinem letzten Geburtstage bereits Reichskanzler in dominsolone gewesen. Es könnte nur natürlich scheinen, wenn er die hohen Verbündeten des deutschen Reiches rechtzeitig darüber beruhigt hätte, daß seinem Rücktritt eine Aenderung unserer Politik nicht zu Grunde läge, und zu diesem Zwecke wäre die Angabe der wahren Ursachen der Krisis wohl unerläßlich gewesen.

Die „Kölnische Zeitung" knüpft an diese ihre Mittheilung die folgenden weiteren Angaben über den „Battenberger", einen Fürsten, der schon so viel zur Beunruhigung der Welt beigetragen:

Die sympathische Gestalt des ritterlichen Prinzen Alexander von Battenberg, weiland Fürsten von Bulgarien, hat schon einmal den Mittelpunct einer sehr erregten deutschen Meinungskampfes gebildet. Durch den Schlußstreich von Sofia war am 21. August 1886 der Mann, dessen Name den Bulgaren eben erst auf siegreichen Fahnen vorangetragen hatte, von einer Verschwörerbande gefangen worden. Diese Schandthat war nur möglich gewesen, weil Karaweloff, der Ministerpräsident des Fürsten, und seine Genossen unter dem starken Eindruck der falschen, aber von der russischen Diplomatie künstlich genährten Voraussetzung standen, sie hätten lediglich zwischen dem Sturze des Battenberger's und einer russischen Besetzung Bulgariens zu wählen. Karaweloff glaubte deshalb vielleicht als Patriot zu handeln, als er die bezahlten Verschwörer gewähren ließ. Die tragische Verschuldung des Fürsten Alexander aber bestand darin, daß er, mehr zuschauender Cavalier und Cäsarist als vorsichtig abwägender Staatsmann, sich durch englische Einflüsterungen hatte verleiten lassen, sich an die Spitze der russischen-feindlichen nationalbulgarischen Bewegung zu setzen, statt durch kühle politische Vernunftgründe mäßigend auf diese leidenschaftliche Bewegung einzuwirken. Das Mißverhältniß zwischen der weltumspannenden Größe des britischen Reiches und der lächerlichen Schwäche seiner militärischen Centralkraft bringt es mit sich, daß die englische Staatskunst darauf angewiesen ist, sich nach einem continentalen Degen umzusehen, der Englands Schachten schlage. Und wie im Großen, so übt England dieses Mittel erfahrene Abenteurer einstweilen im Kleinen; es schickt auch kleine Völker gern als Schachfiguren gegen seine großen Gegner vor. Die englische Presse kritisirte der russenfeindlichen Politik der Battenberger's Beifall zu, erklärte aber auch dem einzigen des Fürsten gleichmäßig, England bedauere das Schicksal des Bulgarenfürsten, könne aber nichts für ihn thun, Deutschland aber solle sich schämen, daß es für einen so edlen Fürsten nicht mit Infanterie, Cavallerie und Artillerie ins Feld rücke. Der Battenberger scheint diese Haltung Englands ziemlich bezeichnend gefunden, dagegen mit besonderer Empörung die Unthätigkeit, zu Rußen gemüthlichkeit Deutschlands empfunden zu haben, obschon die deutsche Diplomatie nun durch keine Silbe Anlaß gegeben hatte, irgend etwas Anderes zu erwarten. Prinz Alexander hat seitdem bekanntlich und entschieden alle bulgarischen Beschwerungen, wieder nach Sofia zurückzukehren, abgewiesen, aber er hat kein Hehl daraus gemacht, daß diese Verweigerung in einer Beziehung umschlagen würde, wenn sich die internationale Lage, wenn sich besonders die Haltung Deutschlands ändern sollte. Wenn er geglaubt haben sollte, daß englische Hände augenblicklich stark genug seien, eine Hetzjagd auf russische, die unter Umständen zur Kriegsfackel werden könnte, zu ersticken, wer diese Ansicht nicht; wir haben es begreiflich, daß verbitterte Frauen über ihren Herzensangelegenheiten die Politik und die großen dauernden Interessen der Dynastie und des Vaterlandes aus den Augen verlieren; zu den Hütern dieser Interessen aber sind natürlich nicht sie, sondern der Kaiser und sein Kanzler berufen. Unseres Erachtens aber liegt kein Grund vor, die bisherige deutsche Politik auf neue, gewaltsam russenfeindliche Grundlagen zu stellen. Unser Verhältniß zu Rußland läßt sich mit wenigen Worten umschreiben: gegen Rußland und an, so ist und auch ein französischer Angriff gewiß; überfällt und besiegt Frankreich, so ist ein Krieg mit Rußland nicht eine unbedingt sichere Folge des französischen Vorgehens; angesichts wie Rußland Haltung in einem solchen Falle ist die Haltung, welche Deutschland im entscheidenden Augenblick gegenüber den orientalischen Plänen einnehmen würde, deren Ausführung Oesterreich und England obliegt. Wir haben keinen Anlaß, ein so gutes Verhältniß durch Maßregeln noch zu verschlechtern, welche Rußland verletzen müßen und welche wieder gut zu machen nicht in der Macht des bestbestellten Staatsmannes stände. Fürst Bismarck hat die politischen Gründe, welche gegen die Verleihung eines preußischen Armeecorps und des Ordens pour le mérite an den Battenberger und die Vermählung des alte ausgezeichneten Prinzen mit der Prinzessin Victoria sprechen, zugleich mit seinem Generalsabschiedsgesuch am Mittwoch Morgen dem Kaiser in einer Denkschrift von dreißig Seiten und einem Nachtrag zu derselben unterbreitet. Die Kanzlerkrisis, welche wenige Tage vorher durch die kaiserliche Entscheidung zu Gunsten des Fürsten Bismarck erledigt schien, brach also von Neuem aus.

Wir freuen uns, feststellen zu können, daß die englische Presse, der es natürlich sehr gelegen käme, wenn Deutschland für Bulgarien ins Zeug gehen wollte, doch Ruhe und Cajoleria genug bewahrt hat, um unsern deutschen Standpunct in dieser Frage unbrüchig zu würdigen. Der „Standard", welcher von der Bismarckschen Denkschrift Kunde hat, erklärt, Kaiser Wilhelm habe geäußert, er gebe seine Enkelin nicht einem solchen „Rebellen". Zar Alexander aber betrachte den Battenberger nicht nur als Rebellen, sondern er hatte ihn bis über das Grab hinaus, und es sei sogar nicht unmöglich, daß er die Vermählung als einen casus belli ansehen würde. Diese Aeußerung des englischen Blattes ist übertrieben; aber Fürst Bismarck ist wohl mit Recht der Ansicht, daß die deutsche Staatskunst nicht in der Lage sein würde, selbst mit dem ganzen Aufgebot ihrer gewaltigen Kräfte die mutwillig verschnittenen Beziehungen zu Rußland wieder ins Gleis zu bringen. Der Berliner Berichterstatter der „Times" bemerkt, daß seine eigenen Nachrichten vollständig mit jenen der „Kölnischen Zeitung" übereinstimmen, und schreibt dann weiter: „Deutschland macht thatsächlich eine Kanzlerkrisis durch, ernster als irgend eine, welche es unter der Herrschaft des Kaisers Wilhelm heimsuchte. Die Wünsche des Kaisers Friedrich und der Wille seines Kanzlers stehen in diesem Augenblick in einem ernsten Gegensatz zu einander . . .; es ist fraglich, ob die Königin von England am 12. dis. (dem Geburts- und in Aussicht genommenen Verlobungstage der Prinzessin Victoria) nach Deutschland kommen wird — wie sie beabsichtigt —, wenn die Heirathsangelegenheit vorher im verneinenden Sinne entschieden werden sollte. Der tragische Regierungsantritt des Kaisers Friedrich hat plötzlich zu einer um so dramatischeren und peinlichern Lage geführt, als dieselbe durch das Element verschiedener starker weiblicher Willenskräfte vermehrt wird, mit denen Fürst Bismarck nie vorher so direct zusammengestoßen ist."

Es ist uns unerfindlich, wie die „Times" dazu kommt, in ihrem Leitartikel diese Bemerkungen ihres Berliner Berichterstatters als eine Richtigstellung der Nachrichten der „Kölnischen Zeitung" hinzustellen; es ist das wohl nur ein Ausfluß jener journalistischen Eifersüchteleien, welche bei solchen Gelegenheiten stets wunderliche und unfeine Blüthen treibt; um so lieber erkennen wir es an, daß die „Times" sich sachlich, wenn auch etwas schmunzelnd, durchaus auf unserem Standpunct stellt. Prinz Alexander könne, so sagt das englische Blatt an leitender Stelle, durch seinerlei Aufgebot von Willenskraft sich in einen einfachen Privatmann verwandeln und sich der Wichtigkeit entkleiden, die er nun einmal erworben habe; im Gegentheil, jeder Beweggrund, der ihn vorher zur Ablehnung der bulgarischen Angebote veranlaßt habe, würde ihn nach der Heirath zur Annahme derartiger bulgarischer Aufforderungen bewegen, welche kaum ausbleiben würden. Wolle man die Heirathsfrage trotzdem als eine Privatsache behandeln, so würde sie doch die deutsch-englischen Beziehungen verschlechtern. „Es giebt kein sicheres Mittel, den Herrn zu zeigen, als die Begünstigung des Battenberger's." Zu diesem Ergebnisse kommt die „Times" selbst dann, wenn sie den Battenberger für einen Augenblick als einen bloßen Privatmann betrachtet, was übrigens, wie sie zugiebt, unmöglich ist. Nehme man aber, so fährt die „Times" fort, die politischen Erwägungen hinzu, so komme man zu dem Ergebnisse, daß unter dieser Heirath die Theorie zusammenbrechen würde, an der Fürst Bismarck vielleicht mit übertriebener Zähigkeit festgehalten habe, daß nämlich Deutschland sich um Bulgarien nicht zu kümmern habe, obschon Deutschland ein Lebensinteresse an dem Wohlergehen eines Staates habe, für welchen Bulgarien von hoher Wichtigkeit sei. Auf der anderen Seite möge Kaiser Friedrich denken, daß Rußland doch nicht zu verlieren sei, und daß es alles gerechtes sei, selbst in einer so zarten Familienangelegenheit Rücksichten zu nehmen, durch welche man doch nur die Erhaltung Rußlands vom offenen Feindseligkeiten erkaufe.

Wir unserseits glauben, daß Deutschlands Stellung in der Welt zum nicht geringen Theil auf dem Glauben an die deutsche Friedensliebe beruht, und daß wir deshalb wohl daran thun, nicht bis nach Bulgarien zu gehen, um Händel zu suchen, sondern abzuwarten, bis man uns Händel aufzwingt, diese dann allerdings mit voller Kraft durchfechten. Das deutsche Volk ist überzeugt, daß die Lenker seiner Geschicke jetzt unter Anspannung sicherer und berechtigter menschlicher Empfindungen an dieser erprobten, zur Kraft entschlossenen, aber vernünftigen und friedlichen Politik festhalten werden.

Wir stimmen dem rheinischen Blatte darin vollkommen zu und bemerken, daß das deutsche Volk ein Anrecht auf seinen Reichskanzler hat, den Heros, welcher den Grundstein zu seiner Größe gelegt hat und bei der heutigen Lage Europas die vollendete Verkörperung des Friedensgedankens ist.

Leipzig, 9. April 1888.

* Dem **Magistrat** und der **Stadtverordneten-Versammlung** von Berlin ist, wie bereits telegraphisch erwähnt, folgendes **Allerhöchstes Schreiben** zugegangen:

„Am Tage des feierlichen Leichenbegängnisses Meines in Gott ruhenden Herrn Vaters, weiland Sr. Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm, war die Straße Unter den Linden vom Dom bis zum Brandenburger Thor, durch welche sich der Leichenzug bewegte, in eine großartige Trauerstraße verwandelt worden. Ich habe gehört, daß die städtischen Behörden eine besondere Deputation eingesetzt und mit der Ausstattung des ganzen Weges beauftragt haben. Durch die vereinigten Kräfte der städtischen Bauverwaltung und des Architektenvereins, welcher sich der ihm gewordenen Aufgabe, wie bei früheren Angelegenheiten, mit vollster Hingebung unterzog, durch das thätige energische Eingreifen sowohl der leitenden Meister wie aller Arbeiter ist es gelungen, in kurzester Zeit und trotz der Ungunst der Witterung nach einem einheitlichen künstlerischen Plane ein Werk zu schaffen, würdig des großen Todten, dem die Aufwendungen auf dem Gange zu seiner letzten Ruhestätte galten. Noch einmal war dieselbe Straße, auf welcher der heimgegangene Kaiser in glücklichen Tagen so oft von seinem Volke jubelnd empfangen und begrüßt worden war, zu seinem Abschiede in festliches Gewand von traurig-ernster Bedeutung gekleidet worden, noch zum letzten Male lieferte sie in ihrer sinnigen Ausstattung ein treues Bild von der hohen Verehrung und Liebe, mit welcher der theuere Entschlafene sich in seiner Hauptstadt von der gesammten Bürgerschaft umgeben wußte.

Mir selbst war es zu Meinem tiefsten Bedauern nicht beschieden, die Ausschmückung der Straße persönlich in Augenschein zu nehmen; auf Grund der Mir von allen Seiten gewachten Schilderungen ist es Mir aber ein Bedürfniß des Herzens, Allen, welche an der wohlgelungenen Ausführung mitgewirkt haben, den städtischen Behörden, wie auch dem Architekten-Verein, Meine aufrichtigste Anerkennung und Meinen wärmsten Dank auszusprechen.

Ich ersuche den Magistrath, dem **Architekten-Verein** von diesem Meinem Erlasse Mittheilung zu machen.

Charlottenburg, den 6. April 1888.

gez. **Friedrich.**"

* Ein kaiserlicher Gnadenerlaß für den Bereich des Reichslandes Elsaß-Lothringen steht jetzt, der „Straßburger Post" zufolge, ebenfalls bevor. Dem Vernehmen des genannten Blattes zufolge wird derselbe sich an das preußische Muster anschließen. Die Begnadigung der Hoch- und Landesverräther erscheint ausgeschlossen, dagegen dürfen die wegen crimes séditieux Verurtheilten auf Amnestie rechnen.

* Die **Feststellung der Schäden**, welche Hochwasser und Eisgang an Bau- und Schutzwerken, an Aeckern und Fluren angerichtet, und der zur Beseitigung derselben erforderlichen Mittel muß naturgemäß der Zeit vorbehalten bleiben, bis die Gewässer wieder ihren natürlichen Stand erreicht haben. Um indessen, soweit dies irgend möglich, einige Unterlagen für die alsdann zu fassenden Entschließungen der Staatsregierung zu gewinnen, werden schon jetzt, wie aus Berlin officiös gemeldet wird, von den betheiligten Ressorts vorläufige Ermittelungen, wöchentlich an Ort und Stelle, in der bezeichneten Richtung angestellt. So sind u. A. auch von dem Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten Commissare in die Ueberschwemmungsgebiete entsandt, um unter Beirath der Provinzialbehörden und Organe der Deichverbände die Wiederherstellungskosten der zerstörten oder stark beschädigten Deiche wenigstens annähernd zu ermitteln. Man hofft, für diesen Zweck durch Heranziehung der Erfahrungen bei früheren Deichbrüchen und Beschädigungen und durch Vergleich einerseits der früheren Höhe und des Umfanges der Schäden mit den heutigen Verhältnissen ein wenigstens annähernd zutreffendes Bild des Gesammtbedarfs in der erforderlichen kurzen Zeit gewinnen zu können. Daß die Untersuchungen darüber, ob und nach welchen Richtungen Maßregeln zu treffen sind, um der Wiederkehr ähnlicher Unglücksfälle thunlichst vorzubeugen, nicht mit der gleichen Schnelligkeit zu Beschluß gelangen können, liegt auf der Hand. Hierzu bedarf es ruhiger, sorgsamer Erwägung aller technischen und administrativen Momente, um für die Dauer das Richtige zu treffen, während es zunächst gilt, rasch dem vorhandenen Nothstand unmittelbar abzuhelfen.

* Das **Haupt-Comité der Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger im Kriege** und der geschäftsführende Ausschuß des Berliner Verbandes haben in gemeinsamer Sitzung den Entwurf eines Mobilisirungsplanes für die Genossenschaft berathen. Die Sitzung fand unter dem Vorsitz des Unterstaatssecretairs Lucanus im Cultusministerium statt. Anwesend waren außerdem Ministerialdirector Greiff, Geh. Rath Dr. Kuster, Generalarzt Meibauer, General v. Wolffersdorff, Director Wichern-Hamburg, Dr. Fabricius, die Herren v. Schwerin, Nappe, v. Tollnitz, Pasch, Schüdner und Pastor Philippi.

* * *

* Ein endgültiger **Bundesrathsbeschluß**, betreffend das Baseler Schandgedicht, ist noch nicht gefaßt worden, die Ueberweisung an das eidgenössische Schwurgericht ist jetzt jedoch sicher.

* Das französische Amtsblatt veröffentlicht heute das folgende Rundschreiben Freycinet's an die Befehlshaber der Armeecorps: